



Vom Untertanen zum Schildbürger ...

WWW.SN.AT/WIZANY

## Eine gefestigte Demokratie – das ist die beste Nachricht

Politiker machen ihre Sache nicht gut. Sie sind korrupt. Und sie scheren sich nicht um ihre Wählerinnen und Wähler, deren Lebenswelten ihnen fremd sind. So weit das Bild, das – gerechtfertigt oder nicht – die politische Elite für viele Men-

Das Misstrauen war laut Langzeitstudie schon immer recht ausgeprägt. Allerdings auch das Vertrauen, die da oben würden die Dinge schon richtig machen. Damit ist es längst vorbei. Der Befund, dass sich Österreich seit den 1970er-Jahren von einer „vertrauensvollen Untertanenkultur“ zur Kultur „misstrauisch-kritischer Staatsbürger“ entwickelt hat, kann auch als Ausdruck einer gereiften Demokratie interpretiert werden.

**GLOSSE**  
Maria Zimmermann

schen im Land abgibt. Wir wissen, dass das Vertrauen in die Politik seit Langem sinkt. Und, wie zwei der renommiertesten Meinungsforscher am Dienstag festhielten: Die großen Krisen der vergangenen Jahre reichen dafür als Erklärung nicht aus.

Vor allem: Dem Vertrauen in die Demokratie hat der Vertrauensverlust in die politischen Eliten kaum Abbruch getan, wie die Langzeitstudie ebenfalls zeigt. Und das ist eigentlich die beste Nachricht seit Langem.

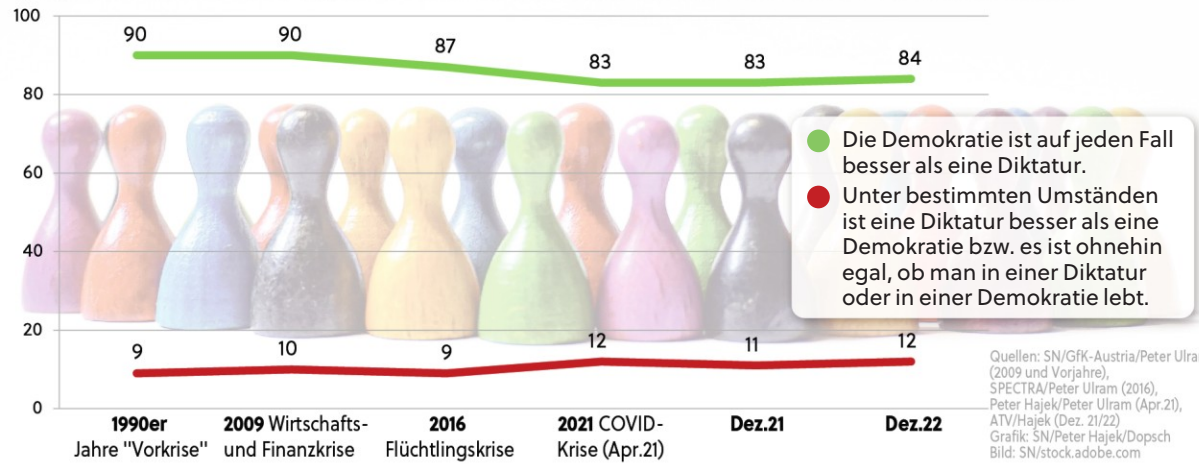
# „Vom Untertanen zum Bürger“

Das Verhältnis der Bürger zur Politik hat sich in den vergangenen 50 Jahren fundamental verändert. Man lebte sich auseinander, die Kritik an den Eliten wuchs. Und wie steht es um die Demokratie?

**WIEN.** Heute diese Umfrage, morgen jene. Da eine Krise, dort die nächste. Heute eine Partei am Zenit der Macht, morgen am Boden zerstört. So schnelllebig unsere Zeit ist, so wichtig ist der große Überblick: Und den gaben am Dienstag die Meinungsforscher und Politologen Peter Ulram und Peter Hajek, die sich in einer Langzeitstudie mit der Einstellung der Bevölkerung zu den politischen Eliten beschäftigt haben. Das Ergebnis ist einerseits wenig überraschend, andererseits aber doch: Zwar hat sich das Verhältnis zwischen Bürgern und Politik in den vergangenen Jahren massiv verschlechtert. Allerdings hat das Vertrauen in die Demokratie nicht signifikant darunter gelitten. „Wir haben es mit einer gefestigten demokratischen Kultur zu tun – egal, wie kritisch die Leute den politischen Eliten gegenüberstehen“, sagte Hajek.

Teilweise konnten er und Ulram auf repräsentative Umfragen bis ins Jahr 1974 zurückgreifen und die Daten mit jenen bis Juli dieses Jahres vergleichen. In dieser Zeit habe sich Österreich von einer „vertrauensvollen Untertanenkultur“ zu einer dominanten politischen Kultur „misstrauisch kritischer Staatsbürger“ entwickelt. Die Bildungsexplo-

„Es gibt verschiedene Meinungen zu Demokratie und Diktatur. Welcher dieser Ansichten stimmen Sie zu?“



Quellen: SN/GfK-Austria/Peter Ulram (2009 und Vorjahre), SPECTRA/Peter Ulram (2016), Peter Hajek/Peter Ulram (Apr. 21), ATV/Hajek (Dez. 21/22)  
Grafik: SN/Peter Hajek/Dopsch  
Bild: SN/stock.adobe.com

sion und die veränderte Medienwelt seit den 70er-Jahren hätten dies befördert, so der Tenor.

So stimmten 1982 der Aussage, dass Politiker ihre Sache nicht gut machten, nur 30 Prozent zu, heute sind es 64 Prozent. Und waren 1981 noch 38 Prozent der Meinung, Politiker seien korrupt, sind es nun 64 Prozent. Relativ ausgeprägt war hingegen schon immer die Meinung, Politiker würden sich nicht redlich um ihre Wähler kümmern: Hier beträgt die Steigerung nur 9 Prozent (auf 66 Prozent). Und stabil blieb

auch die Zustimmung zur Frage, dass sich die Politik nicht viel um das kümmere, was „Leute wie ich denken“: 1974 stimmten dem 73 Prozent zu, nun sind es 75 Prozent.

Während das Misstrauen also immer ausgeprägt war, glaubten früher trotzdem mehr Menschen an die Lösungskompetenz der Politik. Dass die Kritik größer geworden ist, liegt laut Hajek und Ulram auch daran, dass sich die Österreicherinnen und Österreicher zunehmend besser informiert fühlten. Die Einschätzung der politischen Kompe-

tenz ist massiv gestiegen. Während 1989 nur 38 Prozent angaben, sie seien genug qualifiziert, um am politischen Geschehen teilnehmen zu können, sind es heute 60 Prozent. Kaum verändert hat sich das Verhältnis zur Demokratie: 84 Prozent finden, die Demokratie sei jedenfalls besser als eine Diktatur (Anfang der 1990er-Jahre 90 Prozent), 72 Prozent haben Vertrauen in die Lösungskompetenz der Demokratie, vor 30 Jahren waren es genauso viele. „Die Demokratie in Österreich ist nicht in Gefahr“, sagte Hajek. **zim**

### Vier Typen und wo sie zu finden sind

**Das Vertrauen** in die politische Kompetenz sinkt, die gefühlte Kompetenz steigt, wie die Langzeitstudie zeigt. Die Befragten wurden von den Meinungsforschern in vier Typen eingeteilt: die „misstrauischen Staatsbürger“, die laut aktuellen Umfragen mit 58 Prozent die größte Gruppe sind. Sie lassen sich subsumieren unter der Aussage: „Ich kenne mich aus, weiß es besser, aber man lässt mich nicht.“ Am stärksten sind sie unter FPÖ-Wählern (74 Prozent) und SPÖ-Wählern vertreten (63). Die „misstrauischen Untertanen“ (28 Prozent) hingegen sind zwar ebenfalls sehr skeptisch, schätzen sich aber selbst nicht als politisch kompetent ein. Auch sie sind am häufigsten bei der FPÖ zu finden (26 Prozent).

**Weiters gibt es** die „vertrauensvollen Staatsbürger“ (10 Prozent), die auf die eigene Kompetenz wie auf die der Politik vertrauen – sie sind am stärksten unter ÖVP-, Grün- und Neos-Wählern vertreten (mit 29, 26 und 24 Prozent). Die vierte Gruppe sind die „vertrauensvollen Untertanen“, die nur 4 Prozent ausmachen. Sie haben ein positives Bild der Eliten, aber kein allzu gutes von ihrer persönlichen politischen Kompetenz. Sie sind am häufigsten unter ÖVP-Wählern (10 Prozent) zu finden.

## Vier Parteien sind mit Protesten im Iran solidarisch

**WIEN.** Österreichische Abgeordnete übernehmen Patenschaften für 183 im Iran inhaftierte und zum Tode verurteilte Personen. Mit der Aktion und mit Briefen an den iranischen Botschafter in Wien sowie Abgeordnete im Iran wollen die Mandatäre von ÖVP, SPÖ, Grünen und Neos internationale Aufmerksamkeit für die Gefangenen erreichen, wie sie erklärten. Die FPÖ beteiligt sich nicht an der Aktion. Um trotzdem auf die Zahl 183 zu kommen (so viele Nationalratsmandatäre gibt es), springen 31 Bundesräte ein. Die Mandatäre verurteilen ausdrücklich die Verhängung der Todesstrafe im Iran im Zusammenhang mit den Protesten. **SN, APA**

### KURZ GEMELDET

#### Arbeitsjahresauftakt für die Opposition

**WIEN.** Nicht nur die Bundesregierung, auch die Oppositionsparteien ziehen sich Anfang des Jahres zu Klausuren zurück. Das SPÖ-Bundesparteipräsidium kommt am 4. und 5. Jänner zur Neujahrsklausur in Klagenfurt zusammen, um sich über „aktuelle Themen“ auszutauschen. Die FPÖ veranstaltet am 14. Jänner in Wiener Neustadt ihr traditionelles Neujahrstreffen. Am 17. und 18. Jänner trifft sich die Bundespartei der Neos zur Parteiklausur mit den Landessprechern und Landesgeschäftsführern.

An den Klausur-Schauplätzen Niederösterreich und Kärnten finden in Bälde Landtagswahlen statt. **SN, APA**

#### Lehrerbildung: Ruf nach mehr Einbindung

**WIEN.** Die Ankündigung von Bildungsminister Martin Polaschek (ÖVP), als Maßnahme gegen den Personalmangel die Lehrerbildung zu reformieren, stößt bei Experten auf Skepsis. Es scheint, als würden weitreichende Strukturänderungen angekündigt, ohne Evaluationsergebnisse und Forschungswissen zu berücksichtigen. Das stehe im Widerspruch zu evidenzbasierter Bildungspolitik, kritisierte die Österreichische Gesellschaft für Forschung und Entwicklung im Bildungswesen (ÖFEB) am Dienstag. Polaschek hat zuletzt angekündigt, dass etwa das Bachelorstudium für Lehrer ab dem Studienjahr 2024/25 nur noch drei anstelle von bisher vier Jahren dauern soll. **SN, APA**

## Regierungsklausur steht im Zeichen der Krise

**WIEN.** Die beiden Regierungsfractionen ÖVP und Grüne starten mit einer Arbeitsklausur in das neue Jahr. Die zweitägige Konferenz findet am 10. und 11. Jänner in Mauerbach bei Wien statt. Das gab das Kanzleramt am Mittwoch bekannt.

Über inhaltliche Details hüllt sich die Regierung noch in Schweigen. Die Klausur stehe „im Zeichen der Lehren aus der Krise – insbesondere in den Bereichen Energiesicherheit, Unabhängigkeit, Energiewende, Wirtschaft und Sicherheitslage“, verlautete nur allgemein aus dem Kanzleramt. Bundeskanzler Karl Nehammer ließ sich so zitieren:

„Wir arbeiten konsequent und hart daran, die Krisen zu bekämpfen und Österreich unabhängiger und sicherer zu machen.“ Ähnlich Vizekanzler Werner Kogler: „Der Angriffskrieg Russlands in der Ukraine stellt auch Österreich vor lange nicht da gewesene Herausforderungen und viele Menschen vor große Unsicherheiten. Als Bundesregierung ist es unsere Aufgabe, die sich überlagernden Krisen so gut es geht zu bekämpfen.“

Arbeitsklausuren der Bundesregierung zu Jahresbeginn haben Tradition. Laut Wahlkalender bleiben der Koalition bis zur nächsten Nationalratswahl noch knapp zwei Jahre für die inhaltliche Arbeit.